

Die
„Weißeritz-Zeitung“
erscheint wöchentlich drei-
mal: Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. —
Preis vierteljährlich 1 R.
25 Pfg., zweimonatlich
84 Pfg., einmonatlich 42
Pfg. Einzelne Nummern
10 Pfg. — Alle Postan-
stalten, Postboten, sowie
die Agenten nehmen Be-
stellungen an.

Weißeritz-Zeitung.

Amtsblatt

für die königliche Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, sowie für die königlichen Amtsgerichte und die Stadträthe zu Dippoldiswalde und Frauenstein

Verantwortlicher Redacteur: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Insertate, welche bei der
bedeutenden Auflage des
Blattes eine sehr wirk-
same Verbreitung finden,
werden mit 10 Pfg. die
Spaltenzeile oder deren
Raum berechnet. — Ta-
bellarische und complicirte
Insertate mit entsprechen-
dem Aufschlag. — Einge-
sandt, im redaktionellen
Theile, die Spaltenzeile
20 Pfg.

Nr. 135.

Sonnabend, den 17. November 1883.

48. Jahrgang.

Die Thronrede bei Eröffnung des sächsischen Landtags am 14. November.

Meine Herren Stände!

Mit Freuden sehe Ich Sie heute zur Wiederaufnahme Ihrer verfassungsmäßigen Wirksamkeit um Mich versammelt.

Es gereicht Mir zur großen Genugthuung, den zwanzigsten ordentlichen Landtag zu einer Zeit eröffnen zu können, in der sich der Gesamtzustand des Landes als ein in so vieler Beziehung günstiger darstellt. Insbesondere hat sich die schon seit einigen Jahren wahrzunehmende Belebung der Geschäfte im Ganzen als eine dauernde erwiesen, und die heimische Industrie ist nicht ohne Erfolg bemüht gewesen, ihre Erzeugnisse zu vervollkommen und neue Absatzgebiete zu gewinnen. Namentlich hat das Kunstgewerbe in dieser Richtung erfreuliche Fortschritte gemacht und dazu beigetragen, den Sinn für das Schöne und die Freude am künstlerischen Schaffen in immer weitere Kreise zu tragen. Zu Meinem lebhaften Bedauern hat nur die Landwirtschaft, auch abgesehen von dem Einflusse des ungünstigen Ausfalls der letzten Ernten, an der eingetretenen Besserung der Erwerbsverhältnisse nicht in dem erwünschten Maße theilnehmen können. Meine Regierung wird daher mit besonderer Aufmerksamkeit Alles verfolgen, was zur Hebung des landwirtschaftlichen Gewerbes ohne Hemmung der Erwerbsthätigkeit in anderen Gebieten beitragen kann.

Die im Laufe des letzten Jahrzehnts mit Ihnen verabschiedeten, fast alle Gebiete des staatlichen Lebens umfassenden organischen Gesetze haben die gesetzgeberischen Aufgaben der Gegenwart erheblich vermindert. Es wird sich daher auch bei den Gesetzesvorlagen dieses Landtags weniger um größere legislative Neuschöpfungen, als um Ergänzung wahrgenommener Lücken, um einzelne durch die seitherigen Erfahrungen begründete Verbesserungen, um die Befestigung hervorgetretener Uebelstände und Rechtsunsicherheiten handeln.

Nachdem bei den Gerichten Zweifel über die Voraussetzungen der rechtsgiltigen Verkündung allgemeiner Anordnungen der Verwaltungsbehörden entstanden sind, wird Ihnen eine Vorlage zugehen, welche die Befestigung dieser Zweifel zum Zweck hat.

Ein Gegenstand, der Sie schon mehrfach beschäftigt hat, die Reform der Unterstützungskassen beim Bergbau, wird auch auf diesem Landtage Ihre Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen. Es wird Ihnen der Entwurf zu einem Gesetze vorgelegt werden, welches, im Anschlusse an die Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Krankenversicherung, die Trennung der Krankenversicherung von der Invalidenversicherung für die Knappschaftskassen ausspricht und eine weitere Reform der letzteren vorbereitet.

Eine Vorlage über die Einführung eines Staatsschuldbuchs soll den Zweck verfolgen, den Staatsgläubigern einen sicheren Schutz gegen Verluste und damit dem Staatskredit eine neue Förderung zu gewähren.

Die im vorigen Jahre unternommene Revision der Lehrordnung der Gymnasien und Realschulen hat das Bedürfnis einer Erweiterung des bisherigen achtklassigen Aufbaus der Realschulen I. Ordnung zu einem neunklassigen herausgestellt. Es wird Ihnen daher ein hierauf abzielender Gesetzentwurf zugehen, der zugleich einige Aenderungen in der Einrichtung der Realschulen II. Ordnung in Vorschlag bringt.

Der bestehende Rechtszustand in Bezug auf die Zwangsversteigerung von Immobilien läßt aus verschiedenen Gründen eine Neuordnung als wünschenswert erscheinen. Meine Regierung hat diesem Gegenstande, dessen Behandlung namentlich wegen des Ausgleichs der dabei berührten wirtschaftlichen Interessen nicht unerhebliche Schwierigkeiten bietet, ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet, und es sind die Vorarbeiten zu einer beabsichtigten Gesetzesvorlage dem Abschluß nahe.

Es wird Ihnen weiter vorgeschlagen werden, in Benutzung der durch die Reichsgesetzgebung neuerdings gebotenen Fügigkeit die gewerbmäßige Ausübung des Fußbefehls wiederum von einem Befähigungsnachweise abhängig zu machen, und werden Sie ferner um Ihre Zustimmung zu einiger Erweiterung der wegen Entschädigung für Verluste bei Viehseuchen bestehenden Vorschriften ersucht werden.

Eine weitere Ergänzung des Eisenbahngesetzes in verschiedenen Theilen des Landes erweist sich als Bedürfnis. Es wird daher auch auf diesem Landtage die Entwicklung unseres Eisenbahnwesens Ihre Thätigkeit in besonderem Maße in Anspruch nehmen.

Unter dem Einflusse des erfreulichen Aufschwungs von Handel und Gewerbe, der Verminderung des Bedarfs für die Verzinsung der Staatsschulden und der gestiegenen Erträge der Zölle und Reichssteuern hat sich die Finanzlage des Staates fernerweit gebessert. Es kann daher auf die Zuschläge zur Einkommensteuer verzichtet und Ihnen in Erfüllung eines langgehegten Wunsches, die Aufhebung des fiskalischen Schauffsgeldes, vorgeschlagen werden. Der gebräuchliche Zustand der Finanzen gestattet aber auch, wie Sie aus den Vorlagen Meiner Regierung ersehen werden, einige größere Bauten zur Förderung der Zwecke der Staatsverwaltung, der Wissenschaft und Kunst in den ordentlichen Staatshaushalt einzustellen und die wirtschaftlichen Kräfte des Landes in ihrer Gesamtheit durch eine Ermäßigung der Eisenbahngütertarife weiter zu entwickeln.

Und so, Meine Herren Stände, heiße Ich Sie hier willkommen, mit dem Wunsche, daß Ihre Beratungen und Beschlüsse zum Nutzen und Frommen des Landes gereichen mögen.

Politische Wochenschau.

Deutsches Reich. Die monatelange Lutherbewegung hat nun mit den verschiedenen Festlichkeiten, welche in der gesammten protestantischen Welt am 10. und 11. November stattfanden, ihren äußerlichen Abschluß erhalten. Dieselben sind namentlich in Deutschland allerorten auf das Glänzendste und Würdigste verlaufen, und auch kleinere Orte hatten vielfach das Neueste gethan, um das Luther-Jubiläum zu einem Glanz- und Festtage zu gestalten. Mit besonderer Befriedigung kann man hierbei konstatiren, daß die Feierlichkeiten zum Andenken an den großen Reformator nirgends durch einen Mißklang gestört worden und besonders, daß nirgends die konfessionellen Gegensätze auf einander geplagt sind. Vielleicht darf man hoffen, daß gerade das Lutherfest bei uns in Deutschland dazu beitragen wird, die religiösen Gegensätze zu mildern und zu verschönern, und die Erfüllung dieser Hoffnung wäre die schönste Frucht, welche dem deutschen Volke aus dem Lutherjubiläum erwachsen könnte. — Für die nächste Zeit wird die Reise des deutschen Kronprinzen nach Madrid die Aufmerksamkeit der politischen Kreise des In- und Auslandes hervorragend in Anspruch nehmen. Die in Madrid während der etwa zwei Wochen dauernden Anwesenheit des hohen Casles in Aussicht genommenen Festlichkeiten versprechen, sich äußerst großartig zu gestalten; überhaupt wird sich der deutsche Thronerbe, allen Berichten aus Madrid zufolge, einer durchaus sympathischen Aufnahme in der spanischen Hauptstadt, auch seitens der Bevölkerung, zu erfreuen haben und auch im ganzen übrigen Spanien hat die Nachricht von dem bevorstehenden hohen Besuche den besten Eindruck gemacht. — Der russische Minister des Auswärtigen, Herr v. Giers, auf einer Reise nach der Schweiz begriffen, weilte dieser Tage auch in Berlin und Friedrichsruhe. Er hatte mit dem Staatssekretär im auswärtigen Amte, Grafen Haffelbt, eine längere Unterredung; dann wurde er vom Kronprinzen und später auch vom Kaiser empfangen. Herr v. Giers stattete auch dem Fürsten Bismarck in Friedrichs-

ruhe einen Besuch ab; von hier begiebt sich ersterer, ohne Berlin wieder zu berühren, direkt nach Montreux in der Schweiz, um seine dort weilende Tochter zu besuchen. Die Besuche des leitenden russischen Staatsmannes in Berlin und Friedrichsruhe können sicherlich als ein beruhigendes Symptom bezüglich der allgemeinen Lage und speziell als ein erfreuliches Zeichen für die Fortdauer der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland betrachtet werden. — Die Stichwahlen zur Berliner Stadtverordneten-Versammlung haben der Fortschrittspartei eine empfindliche Niederlage gebracht. In sieben Bezirken fanden sich die Kandidaten der Fortschrittspartei und der deutschen (konservativen) Bürgerpartei, in drei Bezirken die fortschrittlichen und die Arbeiter-Kandidaten gegenüber. Gewählt wurden drei Kandidaten der Fortschrittspartei, fünf von der Bürger- und zwei von der Arbeiterpartei.

Oesterreich-Ungarn. Die österreichisch-ungarischen Delegationen haben nach verhältnismäßig kurzer Thätigkeit ihre Arbeiten am Mittwoch beendet. Am Tage vorher hatten sich die Ausschüsse der österreichischen und der ungarischen Delegation über sämtliche abweichende Beschlüsse beider Delegationen geeinigt. Die Regierung des Grafen Taaffe darf mit den Erfolgen der Session durchaus zufrieden sein; ihre auswärtige Politik und namentlich das freundschaftliche Verhältnis zu Deutschland, fand die volle Zustimmung der Delegationen und das Gleiche kann auch in Bezug auf die zur Verathung gelangten inneren Angelegenheiten, abgesehen von einigen unwesentlichen Punkten, gelten. — Selbst der bosnische Okkupationskredit ist diesmal, im Gegensatz zu der früheren Session der Delegationen, unbeanstandet bewilligt worden.

Frankreich. Der französischen Deputirtenkammer ist in dieser Woche abermals Gelegenheit zu einer eingehenden Erörterung der Tonkin-Angelegenheit geboten. Die Regierung hat eine Nachtragsforderung für die Tonkin-Expedition im Betrage von neun Millionen Franks eingebracht, und ist die Kammer in die Verathung der betreffenden Vorlage eingetreten. Die verhältnismäßig bedeutende Nachtragsforderung dürfte auf die immer drohendere Haltung China's zurückzuführen sein, welche es der französischen Regierung zur Pflicht macht, bei Zeiten ihre Maßregeln zu treffen. Bekanntlich hat Marquis Tseng erklärt, daß China den bevorstehenden Vormarsch der Franzosen auf die Stadt Bac Ninh wahrscheinlich als einen Kriegsfall betrachten würde, dieser Vormarsch ist aber eine beschlossene Sache und ständen wir denn unmittelbar vor dem Ausbruche der französisch-chinesischen Feindseligkeiten, falls der Marquis den Mund nicht etwas zu voll genommen hat, was allerdings gerade nicht zu den Unmöglichkeiten gehört. Sollten aber die Feindseligkeiten demnächst in der That beginnen, dann wäre Leben und Eigenthum aller in China lebenden Ausländer — nicht nur der Franzosen — auf's Höchste gefährdet und die europäischen Regierungen werden daher gut thun, diesen Umstand schon jetzt in ernste Erwägung zu ziehen.

Rußland. Der russischen Presse ist von Petersburg aus eine bemerkenswerthe offiziöse Verwarnung zu Theil geworden. Die Regierung hat die russischen Blätter angewiesen, sich aller grundlosen alarmirenden Nachrichten zu enthalten, welche geeignet seien, die guten Beziehungen zwischen Rußland und seinen Nachbarstaaten zu stören.

Serbien. Die Erhebung im südlichen Serbien ist doch noch nicht gänzlich unterdrückt. Nach einer Meldung aus Belgrad ist zwar der Kreis Zajcar „pacifizirt“, und operiren die serbischen Truppen jetzt gegen Kujaschewaz; aber eben aus letzterer Meldung geht hervor, daß die Insurgenten noch nicht vollständig zerstreut sein können, denn die Truppen würden sonst schwerlich nöthig haben, weiter zu operiren.

Bulgarien. Der russische Oberst Kaulbars weist